

IFK aktuell

Februar 2006

I/06 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT
DER LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE WIEN



Aus dem Inhalt

Terroristen - Märtyrer
oder Attentäter?

Ziele des islamistischen
Terrorismus

Ist Österreich bedroht?

TERRORISMUS

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Geißel des 21. Jahrhunderts





Von der Welt kaum beachtet wütet bereits seit 1999 der zweite Krieg in der russischen Republik **Tschetschenien**. Nach dem tödlichen Attentat auf Präsident Kadyrow ist ein Friede vermutlich ferner denn je.



Obwohl am 9. Jänner 2005 zwischen Nord- und Südsudan ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet wurde, bleibt der Sudan in den internationalen Schlagzeilen. In diesem riesigen Land bestehen nämlich mehrere ungelöste Konflikte, die immer wieder aufflammen.



Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 verschwand Afghanistan weitgehend aus den Medien. Über den Bürgerkrieg und die Herrschaft der Taliban wurde nur sporadisch berichtet. Auch nach der US-geführten militärischen Intervention herrscht im Land nur ein unsicherer Frieden.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Sie wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVAK/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml

Der Institutsleiter
Dr. Walter FEICHTINGER
Brigadier

Inhaltsverzeichnis

Terrorismus - Geißel des 21. Jahrhunderts	Seite 1
Terroristen - Märtyrer oder Attentäter?	Seite 1
Was ist islamistisch-extremistischer Terrorismus?	Seite 1
Wer sind die Akteure?	Seite 3
Ziele des islamistischen Terrorismus	Seite 4
Terroristen drehen an der Gewaltspirale	Seite 4
Kampf mit allen Mitteln	Seite 6
Das Dilemma der Medien	Seite 7
Finanzierung durch Kriminalität	Seite 8
Jeder Staat ist gefordert	Seite 8
EU verstärkt Terrorismusbekämpfung	Seite 8
Ist Österreich bedroht?	Seite 10
Fazit	Seite 11

Terrorismus - Geißel des 21. Jahrhunderts

Wir werden von einer neuen Form des Terrorismus bedroht – er ist global, kompromisslos und gewalttätiger als alles, was wir diesbezüglich bisher kannten. Die Bilder von den Anschlägen in New York, Madrid und London erschütterten uns. Es reicht unter Umständen aus, zur Arbeit zu gehen oder mit der U-Bahn zu fahren, um zum Opfer zu werden. Terrorismus ist in bestimmten Ländern Teil des Alltags geworden. Warum sind wir in Gefahr? Wer sind die Menschen, die diese Anschläge verüben? Warum hassen sie uns? Diese Fragen versucht diese Broschüre zu beantworten.

Terroristen – Märtyrer oder Attentäter?

Es existiert keine einheitliche Definition des Begriffs „Terrorismus“. Alex Schmid, ehemaliger Leiter der Terrorismus Prevention Branch im United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), versuchte eine einheitliche Terrorismusdefinition für die UNO zu finden. Bei seinen Recherchen stieß er auf über 100 verschiedene Terrorismusbegriffe.

Eine allgemein anerkannte Definition von Terrorismus würde dessen Bekämpfung wesentlich erleichtern. Allerdings scheiterten bisher alle Bemühungen der UNO, zwischen den Mitgliedsstaaten eine Einigung zu erzielen. Bei der Abgrenzung zum Guerilla-Kampf bzw. zum völkerrechtlich legitimen Widerstandskampf gibt es nach wie vor unterschiedliche Meinungen. Auch innerhalb von Staaten gehen die Meinungen auseinander – so definieren in den USA Außenministerium, FBI und CIA Terrorismus unterschiedlich.

„Der Terrorismus scheut sich nicht davor, schuldlose Menschen zu töten, Panik in den Bevölkerungen zu schüren und die Politiker zur Umsetzung ihrer Forderungen zu zwingen.“

Papst Benedikt XVI, zit. nach Wiener Zeitung, 9. Jänner 2006

Weitgehende Einigkeit besteht jedoch darin, dass Terrorismus „eine besondere Form der Gewalt mit im weitesten Sinne politischer Zielsetzung“ ist (so der deutsche Terrorismusforscher Kai Hirschmann). Ausführlicher definiert sein Landsmann Peter Waldmann Terrorismus als „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“.

Die EU wählt bei der Definition von Terrorismus einen pragmatischen Zugang. Sie umgeht die Terrorismusdefinition und zählt einfach nur jene Taten auf, welche für die EU als terroristische Straftaten gelten.

Islamistisch-extremistischer Terrorismus

In den Medien ist immer nur von „dem“ Terrorismus die Rede. Er hat jedoch viele Gesichter. Die größte Bedrohung geht im Moment von islamistisch-extremistischen Gruppierungen aus. Deshalb wird in dieser Broschüre vorrangig auf diese Bezug genommen. Prinzipien, Wirkungsweise und Mechanismen gelten jedoch auch für andere Terrorismusarten.

US-TERRORISMUSDEFINITIONEN

FBI

„Die rechtswidrige Anwendung von Gewalt oder Gewalttätigkeit gegen Personen oder Eigentum, um eine Regierung oder Zivilbevölkerung bzw. einen Teil davon einzuschüchtern oder Druck auf sie auszuüben, um politische oder soziale Ziele voranzutreiben.“

Quelle: Code of Federal Regulation, USA.

US-Außenministerium

„Der Begriff Terrorismus bedeutet vorsätzliche, politisch motivierte Gewalttätigkeit gegen nicht kombattante Ziele durch subnationale Gruppen oder im Geheimen Handelnde.“

Quelle: United State Code. Section 2656f(d) of Title 22 refers to in Section 2656(a) as follows. www.state.gov/s/ct/rls/45323.htm.

Abgefragt am 190106.

Übersetzungen: SIB/LVak

Islamistisch-extremistische Gruppen leiten ihre Ideologie vom Islam ab. Die Religion muss für sie Grundlage des Staates sein, eine Trennung von der Politik ist undenkbar. Ihre Auslegung des Korans ist jedoch umstritten, weshalb sich selbst der Großteil der islamischen Glaubensgemeinde von ihnen distanziert.

Das Feindbild für die Terroristen ist „der Westen“ – sie bekämpfen seine Kultur und Wertvorstellungen.

Weiters lehnen islamistische Extremisten die von den USA dominierte internationale Ordnung ab. Auch prowestliche Regierungen in islamischen Staaten sind Ziel ihrer Attentate. Sie sollen sich auf den Islam rückbesinnen und von westlichen Gedanken verabschieden. Allerdings geht es hier nur um

Wertvorstellungen – westliche Technologie wird nicht abgelehnt.

Islamistische Extremisten wollen ihre Ziele kompromisslos durchsetzen – Verhandlungen kommen für sie nicht in Frage. Letztlich geht es für sie um die

DIMENSIONEN VON TERRORISMUS

Einteilung nach Reichweite

Anhand der Reichweite, dem Zweck und der Zielsetzung kann Terrorismus in drei Dimensionen unterteilt werden. Sie können zeitgleich, aber auch in einer Mischform auftreten und werden folgendermaßen definiert:

1. Nationaler Terrorismus

Dabei üben Terroristen Gewalt gegen andere Bürger ihres Staates aus, d.h. Täter und Opfer sind Angehörige desselben Staates oder unterliegen zumindest derselben staatlichen Autorität. Ausländer sind keine Anschlagziele, sondern eher zufällige Opfer.

2. Internationaler Terrorismus

Beim internationalen Terrorismus attackieren - im Gegensatz zum nationalen Terrorismus - Terroristen entweder Bürger oder (auch) das Territorium eines anderen Staates. Täter und Opfer sind in der Regel nicht Angehörige desselben Landes.

3. Transnationaler Terrorismus

Dieser Terrorismus attackiert die bestehende internationale Ordnung und richtet sich insbesondere gegen Staaten, die eine internationale Vormachtstellung ausüben. Der deutsche Konfliktforscher Ulrich Schneckener bezeichnet ihn als ein "multinationales Unternehmen", was sich einerseits in der Struktur der Terrorzellen und der Helfer-Netzwerke widerspiegelt und andererseits "an der weltweiten Rekrutierung von Personal zeigt".

Einteilung nach der Motivation

Terrorismus kann nicht nur nach dessen Reichweite eingeteilt werden, sondern auch nach der Motivation von Terroristen. Dabei kann man die folgenden - nicht immer eindeutig abgrenzbaren - Arten von Terrorismus unterscheiden.

1. Sozialrevolutionärer Terrorismus

Anschläge sollen eine grundlegende Umwälzung der Besitz- und Herrschaftsverhältnisse herbeiführen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 büßte diese Spielart des Terrorismus in weiten Teilen der nördlichen Hemisphäre seine Bedeutung weitgehend ein. Als Beispiele können der marxistische Terrorismus in Lateinamerika und Nepal sowie die ehemalige deutsche Rote Armee Fraktion (RAF) genannt werden.

2. Ethnisch-nationalistischer Terrorismus

Hinter ihm stehen militante Organisationen von Minderheiten, die durch eigene Traditionen und Sprache verbunden sind. Diese heben sich von der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung des betreffenden Nationalstaates ab. Ethnisch-nationale Terroristen identifizieren sich nur mit ihrer eigenen Volksgruppe. Die baskische Gruppe ETA („Baskisches Vaterland und Freiheit“) wird als Beispiel für den ethnisch-nationalistischen Terrorismus herangezogen.

3. Religiöser Terrorismus

Religiöser Terrorismus kommt in unterschiedlichsten Glaubensgemeinschaften vor, so zum Beispiel in radikalen christlichen Sekten wie auch im gegenwärtig vorherrschenden islamistisch-extremistischen Terrorismus (z.B. islamistische Gruppen in Algerien, Libanon und Palästina). Terrorismusforscher schätzen diese Variante terroristischer Bewegungen als besonders gefährlich ein. Die islamistischen Führer missbrauchen bewusst religiöse Schriften für ihre Ziele.

4. Vigilantistischer Terrorismus

Bei dieser Art von Terrorismus handelt es sich um keine ursprüngliche Form von Terrorismus, sondern um eine Mischform zwischen "Terror von oben" (staatliche Schreckensherrschaft) und "Terrorismus von unten" (Kampf gegen die Machthaber). Der vigilantistische Terrorismus will nicht die staatliche Autorität untergraben. Terroristische Aktivitäten finden in Form von "Säuberungsaktionen" - z.B. durch die Ermordung von Straßenkindern in Südamerika - statt, um die staatliche Ordnung zu stärken und zu schützen. Beispiele für vigilantistischen Terrorismus sind der rassistische Ku-Klux-Klan in den USA sowie die parapolizeilichen und paramilitärischen Todesschwadronen in einigen lateinamerikanischen Staaten, etwa in Kolumbien oder Guatemala.

Vernichtung ihrer Gegner. Ex-CIA-Direktor James Woolsey brachte es auf den Punkt: „Terroristen von heute wollen keinen Platz am Verhandlungstisch, sie wollen den Tisch und alle, die an ihm sitzen, vernichten.“

Für die Terroristen gibt es keine unschuldigen Opfer. Osama bin Laden sagte in einem Interview mit dem US-Sender ABC: „Wir unterscheiden nicht zwischen Menschen in Militäruniform und Zivilisten.“

Im Unterschied zu „traditionellen“ Terroristen sind islamistisch-extremistische Gruppen nur in geringem Ausmaß oder überhaupt nicht von der Unterstützung durch Staaten abhängig. Sie müssen daher praktisch auf niemanden Rücksicht nehmen.

Wer sind die Akteure?

Wie bereits erwähnt, geht gegenwärtig die größte terroristische Bedrohung vom islamistischen Extremismus aus. Hetz- und Hassprediger rufen zu terroristischen Anschlägen gegen „die USA und ihre Verbündeten“ auf. Dabei wird die Welt in „Gut“ und „Böse“ eingeteilt. Selbst ernannte religiöse Führer instrumentalisieren den Koran, um zum Kampf gegen westliche „Kreuzritter“ zu mobilisieren. Dieser Kampf wird auch und gerade mit terroristischen Mitteln geführt. Denjenigen, die sich für eine Teilnahme am „Verteidigungskampf“ entscheiden, wird von den Führern die Rettung ihrer Seele sowie reicher Lohn in der Nachwelt bzw. im Paradies versprochen.

„Die breite Mehrheit der Muslime will nicht, dass ihre Religion für Zwecke des Terrors missbraucht wird.“

Gijs de Vries in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung,
17. Dezember 2004

Dem Klischee, dass es sich bei Terroristen um Fanatiker handelt, die aus Not und Verzweiflung handeln, widerspricht nicht nur der amerikanische Psychologe Marc Sageman. Nach Analyse von 400 Biographien von Al-Qaida-Kämpfern erstellte er ein statistisches Profil eines durchschnittlichen Al-Qaida-Attentäters. Dieser ist 26 Jahre alt, kommt aus gutem Haus und hat ein College besucht. Drei Viertel dieser Attentäter sind verheiratet.

Während Terrorgruppierungen in den sechziger bis achtziger Jahren vor allem durch ihre hierarchische Struktur sowie durch relativ einfach geplante Anschläge

gekennzeichnet waren, sind heutige Terrorstrukturen hoch komplex und variantenreich, Attentate werden minutiös geplant.

„Moderne“ Terrororganisationen (und dazu zählen auch kleinere Terrorzellen) bestehen in der Regel aus mehreren Ebenen:

- einer Führungsebene – sie ist für die Gesamtplanung zuständig;
- einer Planungs- und Unterstützungsebene – sie plant die Details und sorgt für die Logistik der Attentate (Finanzen, Ausweise, Kampfmittel);
- einer ausführenden Ebene, den Attentätern.

Daneben gibt es auch Rekrutierungsverantwortliche, die für den „Nachwuchs“ an Terroristen sorgen. Diese „Arbeitsaufteilung“ erschwert die Bekämpfung von Terrororganisationen.

Al-Qaida erlangte durch ihre Aufsehen erregenden Anschläge weltweite Bekanntheit und wurde zum Symbol für islamistisch-extremistischen Terrorismus. Durch die Intervention der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan 2001 verloren viele islamistische Terrorgruppierungen ihren „sicheren Hafen“. Die Gruppen bzw. einzelne Kämpfer kehrten in ihre

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Durch die Zerstörung des World Trade Centers in New York am 11. September 2001 wurden Osama bin Laden und die Al-Qaeda weltweit bekannt.

Ursprungsländer zurück. Seither wird Al-Qaida von Terrorismusexperten weniger als geschlossene Terrororganisation denn als eine Art Franchise-Unternehmen gesehen, das Terrorgruppierungen teilweise unterstützt. Islamistische Terrorzellen führen weltweit im Sinne der Ziele von Al-Qaida Anschläge durch und werden so zum ideologischen Handlanger Osama bin Ladens.

Ziele des islamistischen Terrorismus

Die Idee zur Ausweitung des „Heiligen Krieges“ („Dschihad“ in der Interpretation der Islamisten) auf globale Ebene geht wesentlich auf bin Laden und die Al-Qaida zurück. Durch Terroranschläge soll die Verwundbarkeit des Westens verdeutlicht und seine Widerstandskraft gebrochen werden. Die Zielsetzungen des globalen Dschihad sind mit den islamistisch-extremistischen Terrororganisationen (wie Al-Qaida) nicht verhandelbar und werden über Massenmedien verbreitet:

- Zurückdrängen des westlichen Einflusses in den islamischen Ländern,
- Abzug der US-Truppen aus islamischen Ländern,
- Beseitigung prowestlicher islamischer Regierungen,
- Angriff auf die USA und ihre Verbündeten,
- Zerstörung Israels,
- Schaffung eines islamischen Reiches von Marokko bis Indonesien.

Neben diesen großen Zielen verfolgen die Terroristen mit ihren Anschlägen jedoch auch andere Zwecke. So sind Attentate auch Machtdemonstrationen, mit denen sich die islamistischen Extremisten an zwei Zielgruppen richten. Einerseits soll Sympathisanten vor Augen geführt werden, dass Widerstand möglich ist – ein Mobilisierung-, aber auch ein Rekrutierungseffekt wird angestrebt. Andererseits sollen damit Botschaften an die Feinde übermittelt werden. Arabischen Machthabern wird signalisiert, dass eine Bekehrung zum Islam und Abkehr von westlichen Gedanken und

Wertvorstellungen notwendig ist. Durch Attentate soll die Bevölkerung im Anschlagland demoralisiert werden. Folglich soll auch Druck auf politische Entscheidungsträger ausgeübt werden, um damit eine Minimierung des Einflusses westlicher Länder in der islamischen Welt zu erreichen. Als Beispiel kann der Anschlag in Madrid 2004 genannt werden. Nach dem Anschlag zog eine neue Regierung Spaniens ihr Truppenkontingent aus dem Irak ab. Die Demütigung des attackierten Landes (und vor allem der USA) ist ein weiteres Ziel.

Terroristen drehen an der Gewaltspirale

Der traditionelle Terrorismus war und ist immer Teil einer politischen Strategie zur Erreichung eines begrenzten Zieles. Für gewöhnlich ist dies die Erlangung der Unabhängigkeit eines Gebiets bzw. Volkes oder die Änderung des politischen Systems eines Landes. Der islamistisch-extremistische Terrorismus will jedoch die internationale Ordnung verändern. Jeder Anschlag ist Teil eines globalen Kampfes und soll daher auch global wahrgenommen werden. Um weltweite Wahrnehmung zu erreichen, müssen Anschläge „mediengerecht“ sein.

„Der einzige gemeinsame Nenner unter den verschiedenen Formen des Terrorismus ist der kalkulierte Einsatz tödlicher Gewalt gegen Zivilpersonen aus politischen Gründen.“

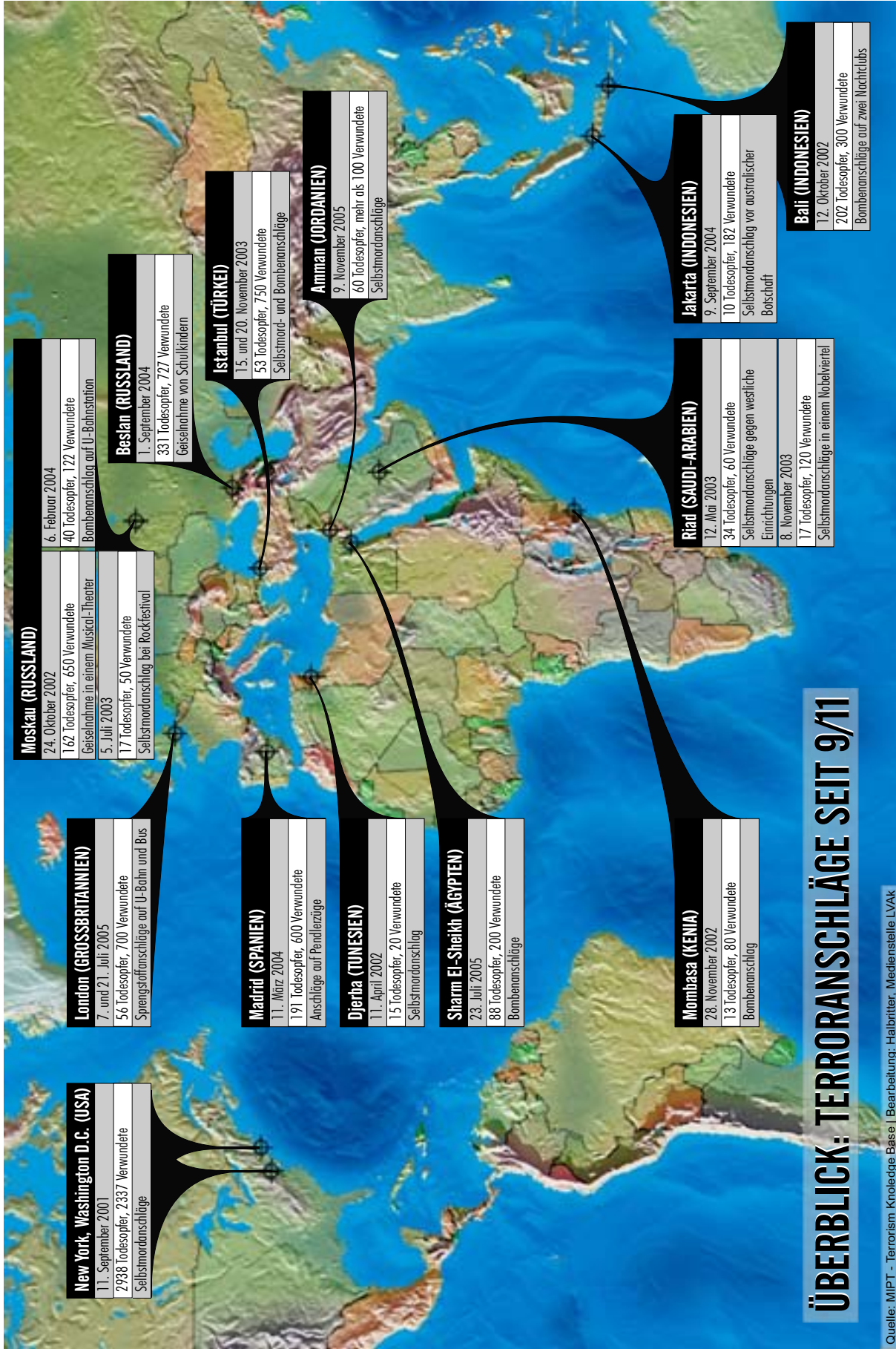
UN-Generalsekretär Kofi Annan, 12. November 2001

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Symbolische Ziele wie das World Trade Center in New York eignen sich für die Zwecke des so genannten „Neuen Terrorismus“ hervorragend, da sie weltweit bekannt sind. Mit dem Ziel des Anschlages trifft man auch die Identität eines Volkes. Dies ruft selbst bei nicht direkt betroffenen Personen Betroffenheit hervor. Derartige Attentate müssen sorgfältig, manchmal jahrelang, vorbereitet werden – die Kosten-Nutzen-Rechnung der Terroristen scheint aber zumindest vorerst zu stimmen.

Die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Zerstörung sind bei der Planung eines Anschlages von besonderer Bedeutung. Je katastrophaler die Auswirkungen sind, desto höher ist die mediale Aufmerksamkeit.

Die Bombenanschläge in Madrid am 11. März 2004 schockierten vor allem Europa.



ÜBERBLICK: TERRORANSCHLÄGE SEIT 9/11

Quelle: MIPT - Terrorism Knowledge Base | Bearbeitung: Halbritter, Medienstelle LVAK

„Aus Copyright-Gründen ist dieses Bild nur in der Hardcopy verfügbar“

Nach den Bombenattentaten in London am 7. und 21. Juli 2005 kam es in Großbritannien zu Übergriffen auf Muslime.

Die Terroristen beherrschen tagelang weltweit die Schlagzeilen – über ihre Ziele wird berichtet, Kommentatoren analysieren ihre Tat, der Medienkonsument kann ihnen nicht entkommen.

Tabubrüche sind eine weitere Methode, um weltweit Aufmerksamkeit zu erregen. Videos von der Enthauptung von Geiseln (wie z.B. im Irak) werden über das Internet verbreitet bzw. den Medien zugespielt und rufen starke Emotionen hervor. Sympathisanten bewundern die Kompromisslosigkeit der Terroristen, „Feinde“ schockiert die Brutalität der Tat. Mit der Geiselnahme von Kindern werden ebenfalls Grenzen überschritten und Aufsehen erregt. Die terroristische Aktion im russischen Beslan 2004 hielt nicht nur das Land in Atem – der Konflikt in Tschetschenien war nun auch wieder in den Medien.

MÖGLICHE ZIELE FÜR EXTREMISTISCHE TRANSNATIONALE TERRORORGANISATIONEN

- Vertretungen Internationaler Organisationen
- Öffentliche Einrichtungen (Bahnhöfe, Flughäfen, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel, etc.)
- Nationale und/oder internationale Wahrzeichen
- Großveranstaltungen (internationale Konferenzen, Sportveranstaltungen, Musikkonzerte, u.ä.)
- Touristische Ziele (Hotelanlagen und Ferienclubs)

Der Angriff auf „den Alltag“ ist für Terroristen ebenfalls Erfolg versprechend. In Madrid 2004 und in London 2005 waren die Menschen auf dem Weg zur Arbeit, als Bomben explodierten. Die U-Bahn Londons und der Bahnhof Atocha in Madrid hatten keine strategische oder politische Bedeutung. Sie waren „weiche Ziele“ und konnten daher nicht besonders geschützt werden. Weil sie Teil des Alltags waren, riefen die Anschläge besondere Betroffenheit hervor. Die Aufregung legte sich nach einiger Zeit, ein Rest von Angst bleibt jedoch immer. Genau das wollten die Täter erreichen – Angst, jederzeit zum Opfer eines Anschlages werden zu

Kampf mit allen Mitteln

können.

Die Mittel von Terroristen reichen vom einfachen Messer über Handfeuerwaffen bis hin zum Attentat mit modernen Sprengstoffen und nicht herkömmlichen „Waffen“ (z.B. mit voll getankten Flugzeugen). Anschläge mit biologischen und/oder chemischen Mitteln werden angestrebt. Das zeigte etwa der Giftgasanschlag der Aum-Sekte 1995 in der U-Bahn von Tokio.

Laut dem niederländischen Geheimdienst AIVD sind zwar Anschläge mit biologischen und chemischen

Waffen vorerst noch eine rein theoretische Gefahr. Es gäbe aber „klare geheimdienstliche Informationen, dass sich fundamentalistische und terrorbereite Moslems für solche Waffen interessieren.“ Der deutsche Verteidigungsexperte und Ex-NATO-General Klaus Naumann warnt: „Von biologischen Waffen geht derzeit die größte Gefahr aus. Sie sind die Atombomben des kleinen Mannes“. Ähnlich dramatisch sehen das auch Experten der National Defense University in Washington. Diese unterschiedlichen Einschätzungen und Analysen zeigen, dass niemand wirklich das Ausmaß zukünftiger Bedrohungen mit unkonventionellen Mitteln einschätzen kann.

Befürchtet werden auch Anschläge mit Sprengstoffen, denen radiologische Substanzen beigemischt sind. Diese könnten sogar in Spitälern beschafft werden. Der materielle Schaden durch solche Anschläge wäre zwar verhältnismäßig gering, ihre psychologische Wirkung aber durch Auslösung einer Massenpanik hoch.

Auch Cyberterrorismus (eine Bedrohung über das Internet) wird in Expertenkreisen seit Jahren als mögliches Anschlagsszenario diskutiert. Es erscheint beinahe verwunderlich, dass es noch zu keiner Katastrophe durch eine derartige Attacke gekommen ist. Terroristen könnten jedoch versuchen, durch Netzangriffe die Wirtschaft westlicher Staaten zu schädigen.



Durch Cyberterrorismus kann die Infrastruktur eines Landes lahmgelegt werden.

Allerdings wollen Terroristen mit ihren Aktionen sichtbar und hörbar in den Massenmedien erscheinen, was beim Cyberterrorismus nicht unmittelbar der Fall

wäre. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass ein solcher Anschlag noch nicht stattgefunden hat oder

Das Dilemma der Medien

nicht bekannt gegeben wurde.

Massenmedien spielen für den Terrorismus eine zentrale Rolle. Für den Terrorexperten Walter Laqueur ist Terrorismus eine Kommunikationsstrategie. Dabei steht beim Terrorismus nicht die zerstörerische Gewalt, sondern primär ein Signaleffekt im Vordergrund. In der Öffentlichkeit soll eine bestimmte Wirkung erzielt werden. Demnach versuchen Extremisten, durch Anschläge ihre Botschaften weltweit zu verbreiten, was nur über Massenmedien erfolgen kann. Brian Jenkins, Terrorexperte der RAND-Corporation, formulierte es pointiert: „Terrorismus ist Theater“.

Für eine erfolgreiche mediale Vermarktung von terroristischen Aktivitäten sind die Medien also unumgänglich. Sie sind für Terroristen ein wichtiges Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Anschläge müssen daher möglichst spektakulär und mediengerecht aufbereitet sein, um auf die Titelseiten zu kommen.

Die Medien befinden sich im Dilemma – einerseits werden sie von Terroristen für ihre Zwecke missbraucht, andererseits stehen sie durch ihre Konkurrenz unter Druck. Zurückhaltung bei der Berichterstattung über ein Attentat kann zu sinkender Auflage bzw. Quote führen, wenn ein Mitbewerber ausführlicher berichtet. Ergebnis: Zeitungen überbieten einander mit reißerischen Schlagzeilen, und Live-Berichte im TV bringen die höchsten Einschaltziffern.

Medien haben aber auch die Pflicht, objektiv zu berichten. Reportagen über Hintergründe und Ursachen von Terrorismus sowie radikale Hassprediger und deren Ideologie können aber auch die Rekrutierung von jungen Menschen erschweren. Daher sind Massenmedien ebenso ein wichtiger Aspekt in der Terrorismusbekämpfung.

Problematischer als Printmedien oder Fernsehen ist die Rolle des Internet. Über dieses werden unter anderem Videos mit Hasspredigten verbreitet und Rekrutierungsarbeit geleistet. Auch Schulungen in konspirativem Verhalten und Tipps zur Verschleierung von E-Mail-Kontakten werden so durchgeführt. Schließlich werden auf diesem Weg sogar Anleitungen für Terroranschläge verbreitet. Das Internet stellt somit

Finanzierung durch Kriminalität

einen immer wichtigeren Faktor für Terrorismus dar.

Die Terrorismusbekämpfung wird durch zunehmende Verbindung von terroristischen Bewegungen mit Organisierter Kriminalität erschwert. Die *Sicherheitsstrategie der EU (ESS)* stellt fest: „Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente - extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, Organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt - ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte“.

Wichtigste Einnahmequelle der Al-Qaida sind nach einer Studie des Linzer Volkswirtschaftlers Friedrich Schneider Drogenhandel, illegaler Diamantenhandel und Schutzgelderpressung. Einige wohlthätige Einrichtungen geben Spenden teilweise an Terrorgruppen weiter. Zur Verschleierung größerer Überweisungen wird das Geld in Scheinfirmen „gewaschen“. Laut Schneider beträgt das Jahresbudget der Al-Qaida zwischen 20 und 50 Millionen US-Dollar. Zum Vergleich: Die USA froren bis Juni 2004 etwa 140 Millionen US-Dollar ein, bei denen der Verdacht bestand, sie könnten zur Finanzierung terroristischer Gruppen dienen. Experten vermuten, dass es sich hier nur um einen Bruchteil der finanziellen Reserven der Terroristen handelt.

Jeder Staat ist gefordert

„Terrorismus gefährdet Menschenleben und verursacht hohe Kosten“ (ESS). Neben den Ausgaben für die unmittelbare Terrorismusbekämpfung entstehen auch Folgekosten. So wurde in die Sicherheit der Olympischen Sommerspiele in Athen 2004 eine Milliarde Euro investiert – fast das Vierfache der Kosten der Spiele von Sydney 2000.

Neben den finanziellen Belastungen, die Terrorismus mit sich bringt, bedroht er auch die Solidarität in der Gesellschaft und die staatlichen Strukturen. In Europa und den USA entstand Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen – viele Menschen begehen den Fehler, nicht zwischen gläubigen Muslimen und Islamisten zu unterscheiden. So kam es in Großbritannien nach den Anschlägen von London zu Übergriffen auf Muslime. Weiters erfordert die Bekämpfung des Terrorismus auch Maßnahmen, die spürbar in die Privatsphäre des Einzelnen eingreifen (z.B. verstärkte

Videüberwachung öffentlicher Plätze). In Staaten mit unzureichend effektiven Institutionen („schwachen Staaten“) fehlen häufig die Möglichkeiten (oder der Wille), Terroristen wirksam entgegenzutreten, wodurch die staatliche Autorität weiter untergraben wird.

Terrorismusbekämpfung macht aber auch die Erhöhung der Sicherheits- und Überwachungsausgaben eines Staates notwendig. Der Bevölkerung wird dadurch zwar der Eindruck von Sicherheit vermittelt, Oppositionelle kritisieren aber größere polizeiliche und nachrichtendienstliche Befugnisse als Eingriff in die Privatsphäre der Bürger.

Kai Hirschmann verdeutlicht am Beispiel Al-Qaida, was Terrorismus so gefährlich und die Terrorismusbekämpfung problematisch macht: „Al-Qaida wiederholt nie ein Anschlagmuster und macht nie das, was man als nächsten Zug erwartet“. Kurz



© US-Verteidigungsministerium

Terrorismus kann Staaten destabilisieren.

gesagt: Terrorismus ist unberechenbar.

Terrorismus weist jedoch nicht nur eine Innendimension (also eine Bedrohung im eigenen Land) auf. Auch seine Außendimension, also die Involvierung eigener Staatsbürger und/oder staatlicher Interessen bei Terroranschlägen im Ausland, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Soldaten im Friedenseinsatz und Touristen waren in den letzten Jahren vermehrt Ziele von Attentaten und Entführungen. Jeder Staat steht daher vor der Herausforderung, seine Bürger wirksam zu schützen.

EU verstärkt Terrorismusbekämpfung

Die folgenschweren Terroranschläge von New York und Washington, Bali, Istanbul, Madrid und London haben der Weltöffentlichkeit die Bedrohung durch transnationalen Terrorismus dramatisch vor Augen geführt. Nach diesen Anschlägen wurden die Überwachungsmaßnahmen deutlich erhöht, nahezu

alle europäischen Staaten waren davon betroffen. Auch in den USA verstärkte die Regierung die Sicherheitsvorkehrungen. In Europa und den USA wird das gemeinsame Vorgehen gegen islamistisch-extremistische Terroristen zu einem zentralen politischen Anliegen.

Wenn die EU sich auch bereits vor dem 11. September 2001 mit Terrorismusbekämpfung auseinandergesetzt hatte, so beschleunigten insbesondere die Anschläge in Europa ihre einschlägigen Aktivitäten. Die EU-Staaten verpflichteten sich nach den Anschlägen von Madrid zur gegenseitigen Unterstützung in Form einer „Solidaritätsklausel“ (März 2004). Darin kamen sie überein, im „Geiste der Solidarität“ zu handeln, wenn ein Mitgliedstaat „Opfer eines Terroranschlags wird. Sie mobilisieren alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich militärischer Mittel“, um eine terroristische Bedrohung abzuwenden. Im Geiste der europäischen Solidarität sollen die demokratischen Institutionen und

TERRORISTISCHE STRAFTATEN

Rahmenbeschluss des Rates

vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung
(2002/475/JI)

*Der Rat der Europäischen Union —
gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union,
insbesondere auf Artikel 29, Artikel 31 Buchstabe e)
und Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe b) —
hat folgenden Rahmenbeschluss erlassen:*

Artikel 1

Terroristische Straftaten sowie Grundrechte und Rechtsgrundsätze

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die unter den Buchstaben a) bis i) aufgeführten, nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften als Straftaten definierten vorsätzlichen Handlungen, die durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen können, als terroristische Straftaten eingestuft werden, wenn sie mit dem Ziel begangen werden,

- die Bevölkerung auf schwer wiegende Weise einzuschüchtern oder
 - öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder
 - die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören:
- a) Angriffe auf das Leben einer Person, die zum Tode führen können;
 - b) Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit einer Person;
 - c) Entführung oder Geiselnahme;

- d) schwer wiegende Zerstörungen an einer Regierungseinrichtung oder einer öffentlichen Einrichtung, einem Verkehrsmittel, einer Infrastruktur einschließlich eines Informatiksystems, einer festen Plattform, die sich auf dem Festlandsockel befindet, einem allgemein zugänglichen Ort oder einem Privateigentum, die Menschenleben gefährden oder zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen können;
 - e) Kapern von Luft- und Wasserfahrzeugen oder von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder Gütertransportmitteln;
 - f) Herstellung, Besitz, Erwerb, Beförderung oder Bereitstellung oder Verwendung von Schusswaffen, Sprengstoffen, atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie die Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Waffen;
 - g) Freisetzung gefährlicher Stoffe oder Herbeiführen von Bränden, Überschwemmungen oder Explosionen, wenn dadurch das Leben von Menschen gefährdet wird;
 - h) Störung oder Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Strom oder anderen lebenswichtigen natürlichen Ressourcen, wenn dadurch das Leben von Menschen gefährdet wird;
 - i) Drohung, eine der in a) bis h) genannten Straftaten zu begehen.
- (2) Dieser Rahmenbeschluss berührt nicht die Pflicht, die Grundrechte und die allgemeinen Rechtsgrundsätze, wie sie in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegt sind, zu achten.

die Zivilbevölkerung geschützt werden.

In Europa gibt es mittlerweile, sowohl auf nationaler wie auch auf supranationaler Ebene, eine Vielzahl an Kooperationen mit vielen Nicht-EU-Staaten und internationalen Organisationen. Der EU-Anti-terrorismuskoodinator Gijs de Vries soll ein wirksames Vorgehen gewährleisten und koordiniert alle der Union zur Verfügung stehenden Instrumente zur Terrorismusbekämpfung. Die Entwicklung von Frühwarnsystemen und eines Zivilschutzsystems für Krisenfälle (u.a. für Terroranschläge) sind erste Schritte zur Umsetzung eines umfassenden Plans.

Die *Strategie der Europäischen Union zur Terrorismusbekämpfung* vom November 2005 verfolgt mit ihrem Aktionsplan für Terrorismusbekämpfung mittel- und langfristige Ziele mit vier Eckpfeilern:

- Prävention (dem Terrorismus soll der soziale Nährboden entzogen werden, z.B. Zulauf zu Terrororganisationen);
- Schutz (Grenzsicherungsmaßnahmen und Schutz kritischer Infrastruktur, wie z.B. Schutz von öffentlichen Verkehrsverbindungen, Energie- und Trinkwassersystemen);

ISLAMISTEN IN EUROPA

GROSSBRITANNIEN
London gilt als Zentrum für europäische Islamisten und Dschihadisten. Weitere Terrorzellen werden gebildet und europaweit vernetzt.

NIEDERLANDE
Im November 2004 ermordet der Islamist Mohammed Bouyeri den islamkritischen Filmemacher Theo van Gogh. Folge sind gewalttätige Ausschreitungen gegen islamische Einrichtungen in den Niederlanden. Mitte Oktober 2005 decken niederländische Behörden eine islamistische Terrorzelle auf, die den Abschuss einer israelischen Linienmaschine am Flughafen Schiphol plante.

DEUTSCHLAND
In Deutschland leben 2,7 Mio. Moslems, von denen nach offiziellen Schätzungen 1,2 % als politisch-extremistische Islamisten einzustufen sind. Sie werden als mögliche Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands angesehen.

ÖSTERREICH
Österreich wird als „Rückzugsgebiet“ für Islamisten und Extremistenorganisationen bezeichnet. Es ist eine zunehmende Radikalisierung islamistischer Gruppen zu erkennen, wodurch die Gefahr terroristischer Aktivitäten zunimmt.

TÜRKIE
Im November 2003 verüben islamistische Attentäter Bombenanschläge auf britische Einrichtungen und zwei Synagogen in Istanbul. Seit über zehn Jahren predigen islamistische Gruppierungen (z.B. „Front der Krieger des Islamischen Großen Osten“) den Kampf gegen die „jüdisch-christlichen westlichen Besatzer“ in der Türkei.

BOSNIEN
Bosnische Antiterroristen sprechen 2004 von einer bedeutsamen Zunahme an Rekrutierungsbemühungen durch islamistische Terrororganisationen in Bosnien und im Kosovo. Auf Drängen der USA wurden bereits 2002 mehrere islamische Hilfsorganisationen in Bosnien verboten. Diese stehen im Verdacht der Terrorismusfinanzierung.

SPANIEN
Sieben mutmaßliche Islamisten, die wahrscheinlich Kämpfer für den Irak rekrutiert haben, werden in Spanien festgenommen. Weitere zwölf Verdächtige werden von der spanischen Justiz vernommen. Nach den Anschlägen vom 11. März 2004 werden mehrere Terroristen und Terrorzellen ausgehoben.

ITALIEN
Das italienische Innenministerium hat lt. „La Repubblica“ Hinweise auf geplante Bombenanschläge durch Extremisten aus dem Nahen Osten auf Ziele in Norditalien erhalten. Vermutliche Anschlagziele sind die olympischen Winterspiele 2006 und der Hauptbahnhof in Mailand.

Quelle: IFK | Bearbeitung: Halbritter, Medienstelle LVAK

- Verfolgung (grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit soll die Verfolgung von Terroristen international ermöglichen);
- Reaktion (gegenseitige Unterstützung bei Terroranschlägen, um die Auswirkungen zu begrenzen).

Die EU-Innenminister beschlossen zusätzliche Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung:

- Einführung eines Europäischen Haftbefehls,
- Stärkung des Schengener Informationssystems (SIS),
- Aufnahme biometrischer Daten in Reisepässe,
- Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung,
- verstärkte Kontrolle von Sprengmitteln,
- vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung und Rekrutierung.

Besonders dem letzten Punkt der Zusatzaßnahmen wird verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei spielt der Dialog mit Staaten außerhalb der EU und internationalen Organisationen – insbesondere auch für Gegenmaßnahmen im Bereich der Terrorismusfinanzierung – eine wichtige Rolle. Die Fortschritte bei der Umsetzung aller Terrorismus-

bekämpfungsmaßnahmen werden durch die EU alle sechs Monate kontrolliert, auf ihre Effektivität geprüft und notfalls ergänzt.

„Die Terrorismusbekämpfung muss im Rahmen der Menschenrechte erfolgen.“

Gijs de Vries an der Clark Universität, 17. Oktober 2004

Bei der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung werden die transatlantischen Beziehungen sowohl von der EU als auch den USA als besonders positiv hervorgehoben. Mehrere Abkommen stärkten die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung.

Ist Österreich bedroht?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) spricht in seinem Verfassungsschutzbericht 2005 von einer „hohen terroristischen Bedrohungslage“ für Europa. Seit den Terroranschlägen in Istanbul, Madrid und London

hat sich die Situation ungünstig entwickelt. Die Anschläge auf die Vorortzüge in Madrid werden in diesem Bericht als Beweis dafür genannt, dass „Europa nicht nur logistisches Zentrum für terroristische Vorbereitungstätigkeiten, sondern selbst zum Ziel des transnationalen Terrorismus geworden ist“. Mit den Selbstmordanschlägen in London hat sich diese Bedrohungseinschätzung bestätigt.

Mit den Terroranschlägen der vergangenen zwei Jahre wurde laut BVT eine „neue Eskalationsstufe in der Entwicklung des islamistischen Radikalismus in Europa“ erreicht. Gewaltbereite Islamisten wollen mit gezielten Attentaten auf Politiker, Experten und Intellektuelle die öffentliche Meinung beeinflussen.

Mit der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004 hat der globale Dschihad in europäischen Ländern eine nationale Dimension bekommen. Das BVT schätzt, dass sich der nationale Dschihad in den betreffenden Ländern noch weiter intensiviert. Dadurch entsteht das Risiko, dass sich die Gräben zwischen den Religionsgemeinschaften weiter vertiefen.

Die Entwicklungen im transnationalen Terrorismus haben auch Auswirkungen auf Österreich. Der Verfassungsschutzbericht 2005 stellt kurz-, mittel-, und langfristige Bedrohungen im Inland fest. Kurzfristige Gefährdungen könnten durch einreisende Terroristen entstehen, „die einen Anschlag auf diplomatische Einrichtungen und Personen oder andere sensible Objekte planen“.

Eine mittelfristige Gefährdung droht durch die Zunahme an gewaltbereiten radikalen Islamisten, die in Österreich leben. Sie sympathisieren mit dem „Kampf gegen den Westen“ und könnten dadurch zu terroristischen Operationen im In- und Ausland motiviert werden. In Österreich lebende Islamisten pflegen weltweite Kontakte und verkehren in jenen Moscheen, in denen radikal gepredigt wird. Es besteht die Möglichkeit, dass einreisende Glaubenskrieger hier Unterstützung finden.

Das BVT stellte im vergangenen Jahr keine „effektiven terroristischen Vorbereitungshandlungen“ in Österreich fest. Verfassungsschützer und Terrorismusexperten konstatieren jedoch Anstrengungen „im Dunstkreis von radikal einzustufenden Moscheen“, junge Moslems zu radikalisieren. Weiters wurde Österreich in den vergangenen Jahren von mutmaßlichen Terroristen immer wieder als „Rückzugsgebiet“ genutzt. Grund dafür dürfte der wachsende Ermittlungsdruck sein, den

die Behörden anderer Staaten ausüben.

Neben den kurz- und mittelfristigen Bedrohungen ergibt sich die langfristige Gefährdung durch „extremistische islamische Gruppierungen“, die wiederum radikal-religiöse Subkulturen unterstützen. Nach Auffassung des BVT stellen diese die Ausgangsbasis für dschihadistische Aktivitäten dar.

Aktivitäten von nichtstaatlichen Organisationen und muslimischen Einrichtungen zur Finanzierung von terroristischen Operationen konnten in Österreich durch das BVT nicht festgestellt werden. Lediglich in zwei Fällen wurden genauere Ermittlungen angestellt, um den Verdacht auf Terrorismusfinanzierung zu prüfen. Vorübergehend wurde die Transaktion von Geldern durch die österreichischen Behörden verzögert; es wurden jedoch keine Finanzmittel eingefroren.

Fazit

„Terrorismus ist eine Bedrohung für alle Staaten und Völker. Er stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere Sicherheit, die Werte unserer demokratischen Gesellschaft und die Rechte und Freiheiten unserer Bürger dar, insbesondere deshalb, weil er wahllos unschuldige Menschen trifft. Terrorismus ist ein Verbrechen und unter keinen Umständen zu rechtfertigen“ (so die einleitenden Worte in der *Strategie der Europäischen Union zur Terrorismusbekämpfung*).

Die Bekämpfung des transnationalen islamistischen Terrorismus stellt gegenwärtig eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitspolitik dar. Terrorismusbekämpfung darf dabei keinesfalls zur Pauschalverdächtigung Andersgläubiger führen. Dies würde lediglich die radikalen Argumente von Islamistenführern bestätigen und so deren Propaganda unterstützen. Klar zu unterscheiden ist zwischen dem Islam (als Religion) und dem Islamismus (als radikale Ideologie). Islamisten streben die Rückbesinnung auf „ursprüngliche“ religiöse Werte an und bezeichnen die westliche Lebensweise als dekadent, materialistisch und heidnisch.

Ebenso darf die Terrorismusbekämpfung nicht zum Instrument der eigenen politischen Machterhaltung, zur Unterdrückung der politischen Opposition oder zur Erreichung von Zielen missbraucht werden, die mit Terrorismus wenig zu tun haben. Das betrifft etwa die russische „Antiterror-Mission“ in Tschetschenien.

In der Öffentlichkeit wird der Umstand, dass lediglich

ein geringer Prozentsatz aller Muslime Terroranschläge gutheißt, zu wenig beachtet. Gerade deshalb ist es für islamische Gesellschaften notwendig, sich klar zu distanzieren und sich aktiv am Kampf gegen den



Foto: Bundesheer

Anti-Terrorübung des österreichischen Bundesheeres

Terrorismus zu beteiligen.

Eine erfolgreiche Strategie im Kampf gegen den Terrorismus besteht aus aktiven (z.B. polizeilichen und nachrichtendienstlichen) und passiven (z.B. diplomatischen und ökonomischen) Maßnahmen. Diese müssen jedoch auch mit Menschenrechten vereinbar sein. Besonders problematisch ist hier der Umgang mit Verdächtigen und Tätern – vor allem dann, wenn es um die Verhinderung weiterer Anschläge geht.

Terrorismusbekämpfung ist eine Aufgabe auf lokaler, regionaler, staatlicher und EU-Ebene. Für eine erfolgreiche Bekämpfung des transnationalen Terrorismus ist jedoch auch die Zusammenarbeit von Staaten und Religionen entscheidend.

„Der weltweite Krieg gegen Terroristen ist ein globales Unterfangen von unbestimmter Dauer.“

US-Präsident George W. Bush im Vorwort zur nationalen Sicherheitsstrategie der USA, September 2002

Langfristige Erfolge sind aber nur mit der Beseitigung struktureller Probleme, die insbesondere für islamistischen Terrorismus verantwortlich sind, zu erzielen. Finanzielle, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe in Krisengebieten sowie ein verstärkter Dialog zwischen der westlichen und der islamischen Welt sind dabei von großer Bedeutung. Es wäre aber unrealistisch, zu erwarten, dass sich damit alle (potentiellen) Terroristen von ihren Vorhaben abbringen lassen. Das österreichische Engagement für einen interreligiösen Dialog wurde von einer hochrangig besetzten Islam-

Konferenz im November 2005 positiv bewertet.

Überalterung und dadurch notwendige Immigration werden vor allem in der westlichen Welt zunehmend gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen. Um zukünftige Gefahren zu vermeiden, sind daher auch verstärkte Integrationsbemühungen unerlässlich, um zumindest ein friedliches Nebeneinander zu gewährleisten.

Da die Gefahr von Terroranschlägen in absehbarer Zukunft weiter bestehen wird, muss die EU „für die Bewältigung von Anschlägen gerüstet sein“, um „Europa sicherer zu machen und es seinen Bürgern zu ermöglichen, in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu leben“ (*Strategie der Europäischen Union zur Terrorismusbekämpfung*). Dazu bedarf es einer Kombination aus Entschlossenheit und Besonnenheit in der Politik.

INTERNET-LINKS

EU-Antiterrorkoordinators



ue.eu.int/cms3_fo/showPage.asp?id=406&lang=DE

US-Außenministerium



www.state.gov/s/ct

UN Counter-Terrorism Committee



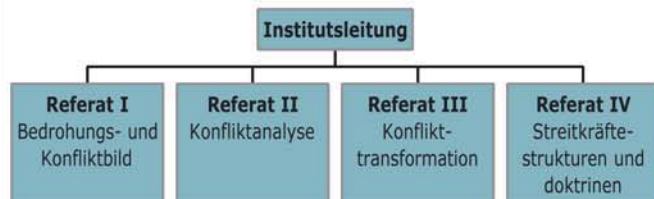
www.un.org/Docs/sc/committees/1373/about.html

Wer sind wir?

Das **Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)** wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung,
- Forschung und Lehre,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Referate im Überblick:



Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Nachbereitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

Streitkräftestrukturen und – Doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

Was bieten wir?

Publikationen (Auszug)

- Die Zukunft von Bosnien und Herzegowina
- Neutralität und Europäische Integration: Österreich und Schweden im sicherheitspolitischen Vergleich
- Bosnien und Herzegowina: Europas Balkanpolitik auf dem Prüfstand
- Islam, Islamismus und islamischer Extremismus: Eine Einführung
- From Revolution to Reform: Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform
- Krisenherd Nordostafrika: Internationale oder afrikanische Verantwortung?
- Transforming National Armed Forces in South East Europe - From the Social to the Military Challenge
- Facing the Terrorist Challenge - Central Asia's Role in Regional and International Co-operation
- Through Economy to Democracy and Security? An Integrated Approach to Stability in South East Europe.
- Afrika im Blickfeld: Kriege – Kriege – Perspektiven
- Kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen und die irakische Verfassung
- Irak 2003 – Aspekte eines Umbruchs
- From Peace Making to Self Sustaining Peace – International Presence in South East Europe at a Crossroads
- Irak unter Sadam Hussein
- Russland – eine Großmacht?
- Kolumbien zwischen Krieg und Frieden
- 10 Jahre Kriegsverbrechertribunal ICTY
- Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan
- Crushing Crime in South-East Europe:
A Struggle of Domestic, Regional and European Dimensions

IFK aktuell: Informationsbroschüre, welche Krisen und Konflikte beleuchtet, die auch Auswirkungen auf Österreich haben können.

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

LANDESVERTeidIGUNGSakademie
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Brigadier Dr. Walter Feichtinger



Institut für
Friedenssicherung und
Konfliktmanagement

Gestaltung & Layout:

Medienstelle der LVAK, Wien
Martin Hofstädter
Bernhard Halbritter
Alexander Schindler

Redaktion:

Mag. Thomas Achleitner

Herstellung:

BMLV / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autoren:



Oberst Mag. Anton DENG

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referats „Bedrohungs- und Konfliktbild“ am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement.



Zugsführer Mag. Wolfgang BRAUMANDL

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat „Bedrohungs- und Konfliktbild“ am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement.

